

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 572

Mittwoch, 10. Dezember 2014

21. Jahrgang

Jugendkulturprojekt in El Limón in Gefahr

Wir haben in diesem Jahr über Projekte zur Gewaltprävention von Jugendlichen in der Hauptstadt berichtet. Soeben ist ein Artikel über das Jugendkulturprojekt „El Escenario“ in El Limón, Zone 18 erschienen, den wir Euch – leicht gekürzt - nicht vorenthalten wollen. Sein Autor Pep Balcárcel, der den Artikel am 2. Dezember im Diario Digital (<http://www.diariodigital.gt/2014/12/02/quieren-cerrar-el-escenario/>) veröffentlichte, beschreibt sich so: „Nachdem ich es als Jugendlicher weder geschafft hatte, roter Power Ranger, noch Schüler in Hogwarts [Zauberschule bei „Harry Potter“, d. Red.] zu werden, studierte ich Sprachen und Literatur an der Universität Francisco Marroquín. Im Moment arbeite ich als Redakteur von Diario Digita und habe einen eigenen Verlag namens pato/lógica editores. Ich schreibe Erzählungen und Gedichte. Zufällig habe ich auch Bücher veröffentlicht: Obelisco 65 (Gedichte), Canto esquizofrénico (Gedichte), Ángeles de Heroína (Erzählung) und Los ojos de lo insano (Erzählung).“

Leider steht das Projekt „El Escenario“ womöglich vor dem Aus. Umso wichtiger ist es, darüber zu berichten und zu schauen, wie der Gefahr der Schliessung dieses Projektes begegnet werden kann.

Sie wollen „El Escenario“ schliessen

Seit 1990 wurde Jugendlichen in einem Raum in der Siedlung El Limón, Zone 18 der Hauptstadt, Kunst und Kultur nahe gebracht. Das Ziel war die Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen in der Gegend zu verbessern. Seit ein paar Wochen ist jedoch dieser Keim der Hoffnung in Gefahr.

Entstehung

Während der 1980er und 1990er Jahre hat der katholische Priester Pedro Nota die Gewaltbedingungen und die fehlenden Möglichkeiten erforscht, in und mit denen die Jugendlichen der Siedlung El Limón, Zone 18, täglich leben müssen. Dabei hat er versucht herauszufinden, was die wichtigsten Ursachen für die Probleme sind und hat ein Projekt vorgeschlagen, damit die Gemeinschaft dort an einer besseren Zukunft arbeiten kann. So entstand die Gruppe Ceiba, deren primäres Ziel es war die Meinungsfreiheit und die Bildung mit den Mitteln der Kunst zu fördern. Die Gruppe begann nach verschiedenen Möglichkeiten zu suchen, wie die BewohnerInnen von El Limón direkt in künstlerische Aktivitäten eingebunden werden könnten. Aus den Versuchen entwickelte sich die erste Theatergruppe am Ort: Corazón de Cielo („Herz des Himmels“). Deren Aktivitäten fanden ausschliesslich auf der Strasse statt. Es gab keine Räumlichkeiten für die Jugendlichen der Gemeinschaft. Nota sah also die Notwendigkeit, eine solche zu bauen.

Mit Hilfe des Vereins „La Merced“ und der Schule der Heilsarmee konnte die neue Jugendgruppe einen Ort errichten, in dem ein Zentrum für Kultur und Kunst beherbergt werden konnte. Es entstand neben der katholischen Kirche Cristo Nuestra Paz (Christus, unserer Frieden). Die Jugendlichen selbst haben dafür gearbeitet, dass das Haus Realität wurde.

Inhaltsverzeichnis

Jugendkulturprojekt in El Limón in Gefahr.....	1
HIV- kein Rückgang und kein politischer Willen.....	3
70 Jahre Autonomie, Notwendigkeit einer universitären Reform.....	3
Effekte des Klimawandels in Mittelamerika.....	4
Ein intransparenter Haushalt 2015.....	5
Studie über Öffentliche Investitionen: denen geben, die da haben.....	6
In eigener Sache.....	6

So wurde 1990 das Haus „El Escenario Genero“ - benannt nach einem Gemeindeführer, der kurz zuvor verstorben war – eröffnet. Sein Ziel war es seit Anbeginn, dass in der Siedlung El Limón eine Kultur des Friedens entstehen sollte. „El Escenario“ wurde zu einer künstlerischen Instanz in der Zone 18. Hier fanden vielfältige Veranstaltungen statt und verschiedene Künstler wurden hier herangezogen. Der Ort erlaubte es ihnen, ihre Forderungen bekannt zu machen und schaffte zugleich eine lokale Basis zur Gewaltprävention.

Seine Schliessung

„El Escenario“ wurde auf einem Grundstück gebaut, das der Katholischen Pfarrgemeinde „Cristo Nuestra Paz“ gehörte und wurde von dem Priester Pedro Nota geleitet. In den 24 Jahren ihrer Existenz sind an diesem Ort nicht nur künstlerische Aktivitäten realisiert worden, sondern es wurden auch Versammlungen der verschiedenen Komitees der Nachbarschaft und der Kirchengemeinde abgehalten. Deren Zusammenarbeit war immer konstruktiv. Kürzlich jedoch kehrte Pedro Nota in seine Heimat Italien zurück. Laut Mike Capriel de León, Sprecher der Gruppe „El Limón organisiert sich“, hat Nota sich zu diesem Schritt aufgrund von Sicherheitsproblemen entschlossen. Andere Priester haben seine Arbeit in der Pfarrei übernommen. Zugleich veränderte sich der Pfarrgemeindevorstand. Dieser habe nun Veränderungen vorgeschlagen, darunter die Schliessung des „El Escenario“. Laut Capriel würde die Schliessung von „El Escenario“ ein Projekt betreffen, das aus der Mitte der katholischen Kirche und des Bezirksrathauses Nord entstanden ist. Es seien Neuerungen und Verbesserungen der Kirche angeregt worden. „Das wichtigste Argument für eine Schliessung kam aufgrund der Beschwerde einiger Personen zustande, die kritisierten, dass nachts Paare angetroffen worden waren, die unmoralische Dinge tun und dass viele vor den Augen aller Leute in den Anlagen ihre Notdurft verrichten würden“.

Aufgrund dieses Konfliktes haben GemeindevertreterInnen, die besorgt darüber sind, einen Raum zu verlieren, der „so wichtig für die Geschichte der Siedlung ist und der einen Ort repräsentiert, an dem Kultur und Kunst ausgedrückt werden kann“, einen Runden Tisch mit den VertreterInnen der Kirchengemeinde initiiert. Es habe Treffen mit dem zuständigen Pfarrer gegeben, aber dieser sei nicht offen für Lösungen gewesen. Es wurde auch mit dem Bezirksbürgermeister gesprochen und dieser habe versucht, seinerseits den Dialog zu intensivieren, sagen Mitglieder der Siedlung.

Der Bezirksbürgermeister Mauricio Soto selbst bestätigte die Gespräche mit der Gruppe, die sich gegen die Schliessung engagiert haben, und dass nach Lösungen gesucht werde. Eine Möglichkeit wäre, einen anderen Ort in der Nähe der Kirche zu bauen, in dem „El Escenario“ untergebracht werden könnte, ohne dass jemand sich negativ betroffen fühlt. Ein Grundstück, an dem ein neues „El Escenario“ gebaut werden könnte, gehört dem Verein „Fe y Alegria“ (Glauben und Freude) [siehe zu „Fe y Alegria“ ;Fijáte! 564, d. Red.].

Für den Nachbarschaftsverein der Siedlung El Limón wäre das nur der letzter Ausweg. „Nur falls es dem Bezirksbürgermeister nicht gelingt, einen Runden Tisch zu etablieren, an dem alle Parteien repräsentiert sind, weil die Kirchengemeinde nicht mit uns reden möchte, und um zu vermeiden, die PDH mit dem Fall betreuen zu müssen, weil wir zu keiner Lösung gekommen sind, würden wir „Fe y Alegria“ um Hilfe bitten, um ein neues Haus zu bauen“, sagt Capriel.

„Nehmt Euch die Räume“

Aus Protest gegen eine Schliessung von „El Escenario“ wurde ein Festival organisiert namens #OcupandoEspacios [vielleicht zu übersetzen als „Nehmt Euch die Räume“, d. Red.]. Es begann um 16.30 Uhr und bestand in einem Umzug durch die Siedlung, der an der Kirche Cristo Nuestra Paz endete. Daran nahmen viele KünstlerInnen der Gemeinde, aber auch aus anderen Teilen des Landes teil. Das Festival wurde von „El Limón organisiert sich“ veranstaltet. Dessen Mitglieder riefen die Kinder und Jugendlichen zusammen und verteilten Informationen. Es gab Musik-, Poesie- und Theaterdarbietungen. Das Soundsystem wurde von Personen aus der Siedlung gespendet und in der Hauptsache durch jene Jugendlichen bedient, die den Raum in ihrer Freizeit nutzten. Auch einige Eltern und Grosseltern der Jugendlichen waren anwesend.

Wege aus der Gewalt

Alejandro Sandoval, einer der KünstlerInnen von #OcupandoEspacios, der sich auch einen Namen in der Literaturwelt und den audiovisuellen Medien gemacht hat, sagt: „Ich bin an diesem Ort geboren und aufgewachsen. Ich weiss, dass es ausser dem Fussballplatz und den Kirchengemeinden keinerlei Orte für Jugendliche gibt, wo sie ihre Freizeit verbringen können. Keine dieser beiden Orte bietet den Kindern einen Raum, um einfach ohne Angst und ohne Verbote herum zu hängen.“ „El Escenario“ sei so wichtig für die Gemeinde, weil sie einen neutralen Ort repräsentiere, „wo Frieden und Freude einen Platz in der Siedlung finden.“

Sandoval ist nicht der einzige, der das so sieht. Für die Mitglieder von „El Limón organisiert sich“ wäre die Schliessung ein Rückschritt gegenüber all dem, was in den letzten 24 Jahren geschaffen worden sei. Das Kulturzentrum stehe für einen Ort, an dem man nicht von der Gewalt der Banden betroffen sei, die täglich die Bevölkerung quäle. Es gebe unzählige Geschichten von Leuten, die es dank der Kultur- und Kunstarbeit geschafft haben, die Gewaltkultur zu überwinden. Sandoval ist einer von ihnen. „Als ich heranwuchs, gab es hier diese Theatergruppe. Ich lernte all das, was ich heute für sie mache. Sie hiess „Maices y Frijoles“ (Mais und Bohnen). Stell Dir vor, wie meine Karriere verlaufen wäre

ohne diese Gruppe. Sicherlich wäre mein Leben ganz anders verlaufen, vielleicht mit einer Kugel im Leib, weil es irgend jemandem nicht gefallen hätte, wenn ich mit Erkennungszeichen einer Gang herumgelaufen wäre“, sagt er. Sandoval spricht auch über Kinder, die ein wenig Hoffnung im „El Escenario“ erfahren haben. Zum Beispiel Miguel, damals 12 Jahre alt, dessen Mutter ihn seinem Schicksal überlassen hatte. „Er arbeitete sogar als Drogenkurier und alle Bosse schützten ihn als Bruder. Stell dir vor, deine Mutter achtet nicht darauf, ob du etwas gegessen hast, und ein Typ X bringt dir Sachen bei, spielt mit dir und gibt dir zu Essen.“

Derzeit ist es unklar, wie es mit dem „Escenario“ weitergehen wird, dieser Wiege, aus der viele KünstlerInnen erwachsen sind, die – wie Sandoval und Capriel sagen - „es an Orte geschafft haben, von denen sie nicht einmal träumten und die heute als KünstlerInnen und PädagogInnen an diesen Ort zurückkehren, um das, was sie dort gelernt haben, wieder zurückzugeben.“ Aber der Kampf der Gemeinschaft diesen Hoffnungszweig zu erhalten, der sich zwischen die Angst und der Paranoia eines Landes gestellt hat, das die Möglichkeiten so einschränkt, geht weiter. Ob der Runde Tisch zwischen Kirche, Gemeinde und Bezirksbürgermeister zustande kommt, ist noch offen. „Es gibt ja Lösungsvorschläge (etwa der Neubau an anderer Stelle), aber wir möchten einen konkreten Vertrag mit der Kirchengemeinde schliessen, bevor wir uns an „Fe y Alegria“ wenden“, sagt Capriel.

Und wie kann man dem „El Escenario“ helfen?

Dazu sagt Sandoval: „Es ist so, wie wenn du etwas essen möchtest und jemand eine Feuerstelle in deiner Küche errichtet. So ist – in einfachen Worten – hier ein Ort, der die Rastlosen ernährt, die Träume gebärt, den Kindern Disziplin beibringt, Teamarbeit und Solidarität lehrt und der vor allem Beziehungen fördert, die in einer so feindlichen Umgebung nicht möglich wären ohne das „El Escenario“. **Diario Digital** plant mit den VertreterInnen der Pfarrei Cristo Nuestra Paz zu reden, um deren Haltung zu diesem Fall zu erfahren.

HIV- kein Rückgang und kein politischer Willen

Guatemala, 1. Dez. In Guatemala tragen nach Angaben des Observatorium für sexuelle und reproduktive Gesundheit 52.000 Personen das HIV und im Jahr 2014 kamen 800 neue Fälle bei Personen zwischen 20 und 30 Jahren hinzu. Die Vereinten Nationen (UNO) schätzen, dass Ende 2015 insgesamt 83.500 GuatemaltekinInnen mit dem Virus infiziert sein werden, was 0.8% der Bevölkerung entspricht. Dabei seien die gefährdetsten Gruppen diejenigen, die ungeschützten sexuellen Verkehr haben, darunter insbesondere homosexuelle Männer, Transsexuelle, Prostituierte und Jugendliche aus sozial benachteiligten Schichten, in denen es an Aufklärung und Verhütungsmöglichkeiten fehlt. Die Statistiken geben an, dass bei den unter 14-jährigen 2.675 und bei den Schwangeren 2.410 Personen mit HIV infiziert sind.

Es wird geschätzt, dass fast 35.000 Personen nicht einmal wissen, dass sie angesteckt wurden, da sie keine Informationen zu der Krankheit bekommen und sich auch nicht testen liessen. Dies liegt hauptsächlich daran, dass es von Seiten der Politik an Programmen und Präventivmassnahmen fehlt, die die Bevölkerung aufklären. Die UNO gaben schon 2011 an, dass sich mindestens einE Guatemaltekin pro Stunde, also 24 Personen pro Tag, mit HIV infiziere, und warnte vor einem Rückgang der Krankenbehandlung. Bekamen 2009 noch 69% der HIV-Infizierten eine Behandlung, so waren es im Jahr 2011 nur noch 56%.

Zu den oben genannten Zahlen bzgl. HIV-infizierter Personen existieren weitere Quellen mit unterschiedlichen Aussagen. So geben offizielle Statistiken an, dass 26.978 Personen HIV-TrägerInnen sind. Andere Schätzungen gehen von über 72.000 Infizierten aus. Damit steht Guatemala auf dem ersten Rang in Zentralamerika in Bezug auf die Ansteckungsrate. (PL, Radio emisoras, prensa latina)

70 Jahre Autonomie, Notwendigkeit einer universitären Reform

Guatemala, 1. Dez. Die Gewerkschaft der DozentInnen und ForscherInnen der Universität San Carlos in Guatemala (SINDINUSAC) veröffentlichte eine politische Erklärung zum Anlass des 70. Geburtstag der universitären Autonomie. Die Autonomie wurde 1944 erreicht, nachdem junge RevolutionärInnen die Mauer jahrzehntelanger Diktatur und Konservatismus, Nepotismus und willkürlichen Ernennungen von Beamten zum Einstürzen brachten und die Autonomie der Universität ausriefen. Die Pressemitteilung von SINDINUSAC hebt hervor, dass seit mehr als 30 Jahren die Universität von bestimmten Machtgruppen regiert werde, die, als Folge der politischen Repression der Vergangenheit, die Verwaltungsorgane der Universität beeinflusst haben - durch Vetternwirtschaft und Korruption. Dadurch sei der demokratische Inhalt der Autonomie ausser Kraft gesetzt und in ein autoritäres System verwandelt worden. Beweis dafür seien die Wiederwahlen von sowohl RektorInnen als auch Beamten des höheren Dienst, ohne rechtliche Grundlage zu beachten.

In Bezug auf ihre gesellschaftliche Verantwortung sei die Universität in jüngster Zeit in Misskredit gekommen, z.B.

weil die Entscheidung der Berufungskommission für die RichterInnen am Berufungsgericht, an der auch Dekane der USAC involviert waren, wegen der Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen von der Zivilgesellschaft kritisiert worden ist. Daher fordern die Studierenden, MitarbeiterInnen und einige ProfessorInnen der Universität, dass die demokratische Autonomie, die man mit der Oktoberrevolution erlangte, wiederhergestellt, vertieft und modernisiert werden müsse, um eine zeitgemäße, repräsentative und partizipative Form der Verwaltung zu erreichen. So solle auch – so meint die Gewerkschaft – dem politischem, administrativem und moralischem Zerfall entgegengewirkt werden.

Hintergrund

Am 27. Juni 2014 wurde Dr. Carlos Alvarado Cerezo zum neuen Rektor der USAC ernannt. Er wird von der gleichen Gruppe unterstützt, die seit Jahren die Vorgänge in der USAC kontrolliert. Alvarado gab allerdings bei Amtsübernahme an, dass eine seiner Prioritäten die Reform der Universität sein werde. Damit wolle er ein Wachsen der Studierendenzahlen erreichen und gleichzeitig die Verwaltungsprozesse und -strukturen der USAC partizipativer gestalten. Diese Erklärung bedeutet einen klaren Positionswechsel der Universitätsleitung, die bis dato jeglicher Reform ablehnend gegenüber stand.

Zur Erinnerung: 2010 wurde der Campus der USAC 54 Tage lang besetzt, um eine Universitätsreform zu erreichen. Bei Beendigung der Proteste wurden Verträge unterschrieben, die zu einer Reform führen sollten. Der Oberste Studienrat (CSU) und die Studierendenvereinigung für die Autonomie (EPA) entschieden, dass für die Ausarbeitung der Reform eine Kommission gebildet wird, die sowohl aus Studierenden, DozentInnen, als auch MitarbeiterInnen, BeamtInnen und anderen Gruppen der USAC besteht. Im Juni 2012 teilte sich die Kommission in zwei Gruppen auf, Studierende, DozentInnen und Studierendenorganisationen auf der einen Seite, konservative Mitglieder aus dem Professorenkollegium und den MitarbeiterInnen auf der anderen Seite. Im Oktober 2012 präsentierten beide Gruppen dem CSU jeweils einen Reformvorschlag. Im Februar 2013 erklärte der CSU, dass er beide Vorschläge einbeziehen werde. Es folgten weitere Streiks und die Besetzung des Rektoratsgebäude. Im November 2014 entstand die Zwei-Parteien-Kommission (Comisión Bipartita), in der verschiedene AkteurInnen zu finden sind. Diese Kommission hat nun einen komplexen Vorschlag für die Planung und Organisation einer Universitätsreform ausgearbeitet. Die erste Phase solle im Dezember 2014 beginnen und bis zum Juni 2016 sollen die weiteren Phasen folgen.

Insgesamt sind RepräsentantInnen von 23 beteiligten Gruppen in dieser Kommission der Universitätsreform vertreten, darunter auch Universitätsangehörige aus den Maya-, Xinka- und Garifuna-Völkern und die organisierten Frauen der Universität – Gruppen, die der CSU zunächst ebenso wenig zulassen wollte wie die Form der demokratischen Wahl der RepräsentantInnen durch die Vollversammlung ihrer jeweiligen Organisationen. Dass diese Formen der Partizipation durchgesetzt wurden, kann einerseits als Erfolg gewertet werden, andererseits weist es aber im Zusammenhang mit dem Positionswechsel des Rektors darauf hin, dass die Universitätsleitung bereits eine eigene Reform ausgearbeitet hat, ohne dies bisher öffentlich bekannt gegeben zu haben. Die progressiv und demokratisch orientierten Gruppen verfügen derweil noch über keinen konkreten und kohärenten Reformvorschlag. (<http://www.elsoca.org>, Cerigua)

Effekte des Klimawandels in Mittelamerika

Guatemala, 29. Nov. Das Thema Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die Landwirtschaft, den Wasserhaushalt und die Nahrungsmittelsicherheit wird auch in Guatemala kritisch beäugt. Soziale Organisationen aus der zentralamerikanischen Region forderten ihre Regierungen auf, diese Themen in den UN-Klimaverhandlungen als eine Priorität durchzusetzen. In den Monaten vor der 20. Konferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (COP 20) haben sich zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Mittelamerika, die Themen der Klimagerechtigkeit, Nahrungsmittelsicherheit und nachhaltige Entwicklung bearbeiten, mehrmals getroffen, um eine gemeinsame Position zu finden.

Die Klimarahmenkonferenz, die in den ersten 12 Tagen des Monats Dezember in Lima stattfindet, soll dazu dienen, einen Vorschlag für ein neues Abkommen zum Klimawandel zu erarbeiten, der dann in der COP 21 in Paris 2015 unterzeichnet werden soll. Ziel der Nicht-Regierungsorganisationen ist eine Zusammenarbeit mit ihren Regierungen zu erreichen, um die Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen. Laut einem Klimabericht aus dem Jahr 2012 wird die durchschnittliche Niederschlagsmenge bis zum Jahr 2100 um mindestens 11% zurückgehen. Diese Prognose wurde von einer internationalen ExpertInnengruppe bestätigt. Dementsprechend schwerwiegend werden die Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion sein. Auch die Fischzucht wird durch die ansteigenden Temperaturen stark eingeschränkt werden. Der Verlust für die Region wird auf knapp 20% des BIP der Region geschätzt.

Mehrere Länder der Region verkündeten am 23. September 2014 auf einem Klimatreffen am Sitz der Vereinten Nationen in New York, dass sie auf grünere Politiken umsteigen werden. Costa Rica will bis 2021 aus der Kohleenergie aussteigen, Nicaragua setzt weiterhin einen Schwerpunkt auf Investitionen in erneuerbare Energien, und Guatemala plant bis 2020 3,9 Millionen Hektar Land aufzuforsten. All dies geschieht, obwohl die Region nicht die Hauptschuld für die Erderwärmung trägt. In Mittelamerika werden etwa 0,8 % der globalen Treibhausgase, also v.a. CO₂, emittiert, während die USA und China für 20% verantwortlich sind. Trotzdem hat die Region stark mit den Umweltveränderungen zu kämpfen. Drei Länder der Region befinden sich laut dem Index des globalen Umweltrisikos der deutschen entwick-

lungspolitischen Organisation Germanwatch unter den zehn Ländern der Welt, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind: Honduras steht auf Rang eins, Nicaragua auf Platz vier und Guatemala auf Platz zehn. (Cerigua)

Ein intransparenter Haushalt 2015

Guatemala, 28 Nov. Der Kongress hat einen Haushalt für das Jahr 2015 verabschiedet, der sich auf 70,6 Milliarden Quetzales (ca. 70 Milliarden Euro) beläuft. Finanziert werden die Ausgaben durch höhere Telefongebühren, Steuererhöhungen bei Zementprodukten und einigen Mineralien (v.a. Nickel und Jade). Der Kongress rechnet mit Steuereinnahmen in Höhe von 54,7 Milliarden Quetzales (5,5 Milliarden Euro).

Gut die Hälfte der 70 Milliarden werden für „Verpflichtungen des Staates“ (25,1 Milliarden) und der Schuldentilgung (9,3 Milliarden) ausgegeben. Was die einzelnen Ministerien angeht, so erhalten sie folgende Mittel (in Quetzales, im Vergleich zum Vorjahr):

- Bildung: 12,2 Milliarden (+ 500 Mio.)
- Gesundheit: 5,65 Milliarden (kleines Minus)
- Infrastruktur: 4,9 Milliarden (- 1 Milliarde; hier kommen aber knapp 2 Milliarden indirekter Mittel hinzu)
- Innenministerium: 4,5 Milliarden (leichtes Plus)
- Verteidigung: 2,1 Milliarden (leichtes Plus)
- Landwirtschaft: 1,4 Milliarden (- 300 Mio.)
- Sekretariate: 1,385 Milliarden (- 800 Mio.)
- Soziales: 1,211 Milliarden (- 200 Mio.; Anmerkung: ein erster Haushaltsansatz vom September sah 1,9 Milliarden vor)

Alle übrigen Ministerien (Präsidentschaft, Außenministerium, Wirtschaft, Finanzen, Umwelt, Kultur) liegen zwischen 90 Mio. Quetzales (Energie und Bergbau) und 634 Mio. Quetzales (Arbeit) und liegen damit gegenüber dem Vorjahreshaushalt – mit Ausnahme vom Präsidentschaftsamt und Arbeit – im leichten Minus.

Dienen die zusätzlichen Mittel für Infrastruktur der Pflege der befreundeten UnternehmerInnen?

Ohne Angabe der spezifischen Mittelverwendung hat der Kongress mit den Stimmen von PP, LIDER, Todos und einigen kleineren Parteien /Fraktionen auch die zusätzlichen indirekten Mittel für das Infrastrukturministerium in Höhe von 1,965 Milliarden Quetzales beschlossen. Verschiedene Analysten kritisieren diese Entscheidung scharf. Sie sehen sie im Zusammenhang mit der Pflege des Klientels in Zeiten des kommenden Wahlkampfes.

Mit den zusätzlichen Mitteln bekommt das Infrastrukturministerium einen grösseren Haushaltsposten als Gesundheit oder Internes/Justiz und entspricht den Gesamtmitteln für die Ministerien für Arbeit, Kultur, Finanzen, Wirtschaft, Umwelt und Energie zur Verfügung stehen. Die Mittel werden als „andere Hilfen für die Aufgaben des Infrastrukturministeriums“ bezeichnet und stammen aus dem grossen Topf der „Verpflichtungen des Staates“.

Marvin Flores von der BürgerInnenaktion erklärte, dass dieser Haushalt mehr verdunkle als klarstelle, und intransparent sei, insbesondere bei den Zusatzgeldern für das Infrastrukturministerium. Flores fühlte sich an das Jahr 2006 erinnert, wo das „Programm für kommunale, urbane und rurale Hilfen“ (Pacur) aufgelegt worden sei, mit denen jene Unternehmen bedacht worden seien, die den Abgeordneten verbunden waren. Die undurchsichtig verwalteten Zusatzgelder könnten dazu dienen, öffentliche Gelder umzuleiten in Bestechung, die Zahlung von Arbeitskommissionen durch Überbewertung von Leistungen oder zur Zahlung von Wahlkämpfen. Dabei bezögen sich mögliche Zahlungen an befreundete Unternehmen nicht nur auf die Regierungspartei PP, sondern auch auf die Oppositionsparteien.

Auch der ehemalige Vizefinanzminister und unabhängige Ökonom Érick Coyoy hält die Entscheidung für politisch motivierte, denn Alejandro Sinibaldi, Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei, sei bis vor kurzem Infrastrukturminister gewesen. Mit den Mitteln werde eine Tasche mit Ressourcen geöffnet, um angesichts der Wahlen die Klientel zu bedienen.

Schliesslich zeigte sich auch das Zentralamerikanische Institut für Fiskalstudien (Icefi) in einer Stellungnahme besorgt über die „schweren Rückschritte bei der Kontrolle und den Massnahmen zur Transparenz der öffentlichen Ausgaben“, die der verabschiedete Haushalt 2015 offenbare. Auch für Icefi dienen die zusätzlichen Gelder für Infrastruktur „politischen Zwecken“ im Zusammenhang mit dem Wahlkampf. Dagegen hätten die Abgeordneten die Mittel für das Justizwesen und die Staatsanwaltschaft, für die soziale Entwicklung sowie für die Steuerverwaltung (SAT) sowie für die Schuldentilgung zusammengestrichen. Das Institut verwies auf die Steuererhöhungen, mit denen der insgesamt steigende Haushalt kompensiert werde und kritisiert, dass trotz der steigenden Einnahmen die Ausgaben nicht entsprechend angepasst würden. Interessant ist, dass mit den Steuern auf Mineralien und Zementprodukte genau jene Branchen betroffen sind, die die Proteste der indigenen Gemeinden und sozialen Bewegungen hervorrufen. Über den Hintergrund dieser Entscheidung gibt es jedoch keine Analyse von Icefi oder anderen.

Studie über Öffentliche Investitionen: denen geben, die da haben...

Guatemala, 2. Dez. „Je mehr Armut, desto weniger öffentliche Investitionen“, auf diese eigentlich paradoxe Formel bringt ein Wissenschaftler der Universität Rafael Landívar das Ergebnis seiner Studie über öffentliche Investitionen. Samuel Zapil vom Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung der genannten Universität hat Investitionszahlen aus den Jahren 2008 bis 2012 analysiert – und damit Bilanz über die Mittelvergabe öffentlicher Investitionen von zwei Regierungen ziehen können. Die Daten stammen aus Statistiken der Lateinamerikanischen Wirtschaftskommission (Cepal), die feststellte, dass die öffentlichen Ausgaben in jener Zeit in Costa Rica und El Salvador anstiegen, während sie in Honduras, Nicaragua und Guatemala zurückgingen. So sanken die öffentlichen Investitionen in Guatemala von 59,3 Mio. US-Dollar 2011 auf 32,3 Mio. US-Dollar 2012. Zwischen 2005 und 2008 hätten die Investitionen bei etwa 1,3 % des BIP gelegen, zwischen 2009 und 2010 bei 2 % des BIP, danach nur noch bei 1 % des BIP:

Zugleich aber gingen diese viel zu geringen Mittel auch noch zu denen, die bereits vergleichsweise reich waren, während insbesondere Regionen, in denen es eine meist arme, indigene Bevölkerungsmehrheit gibt, bei der Vergabe benachteiligt wurden.

In der Studie befindet sich eine aufschlussreiche Tabelle über die Beziehungen zwischen den Armutsniveaus, dem Anteil der in diesen Gegenden lebenden indigenen Bevölkerung und den staatlichen pro-Kopf-Investitionen.

	Armutsniveaus			
	-			+
	1	2	3	4
Anteil indigener Bevölkerung (%)	5,1	10,1	71,9	93,1
Armut (%)	34,9	59,0	51,9	78,2
Zugewiesene Investitionen (2008-2012) pro Kopf	Q 2.194,5	Q 2.083,5	Q 1.669,7	Q 1702,0
Verwirklichte Investitionen (2008-2012) pro Kopf	Q 1.108,1	Q 960,3	Q 878,8	Q 787,6
Anzahl der Stadtkreise (2002)	60	107	60	103

Dabei fällt zum einen die bereits oben erwähnte Bevorzugung der reicheren Gegenden gegenüber den ärmeren Gegenden des Landes auf. Zum anderen aber auch, dass zum Teil weniger als die Hälfte der zugewiesenen Investitionsmittel auch tatsächlich verwirklicht worden sind. „Man muss sich fragen, was hier eigentlich passiert, mit welcher kruden Logik unsere PolitikerInnen handeln. Denn wenn wir uns die Situation in unserem Land anschauen, dann müssen die Investitionen doch steigen, dann müssen wir den Zugang zu den Märkten für kleine ProduzentInnen stärken“, sagt Zapil.

In eigener Sache

Wir werden kurz vor Heiligabend noch eine letzte Ausgabe für dieses Jahr produzieren. Vielleicht kann der eine oder die andere von Euch eine Rückmeldung darüber geben, ob wir im kommenden Jahr so weitermachen wollen wie in diesem Jahr (aber natürlich fehlerfrei) oder ob wir an dem Konzept etwas ändern sollen. Meldet Euch doch bitte!

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6